

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/225

25. November 1975

Nochmals: Aufforderung zur Kurskorrektur

Die verbalen Kraftakte der CDU/CSU-Führung ändern nichts an der riskanten Politik der Union

Von Wilhelm Dröcher  
Schatzmeister der SPD

Seite 1 und 2 / 96 Zeilen

CDU-Gesundheitsexperte im Absais

Polemischer Ausfall gegen notwendige Reform in einem lebenswichtigen Bereich

Von Friedel Löffle MdL  
Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender  
der Kommission Gesundheitspolitik

Seite 3 und 4 / 80 Zeilen

Kohl entdeckt sein Herz für die Jugend

Den Kanzlerkandidaten plagt das schlechte Unions-Gewissen

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Vorbildliche Lösung eines Konfliktes

Zur Beilegung des deutsch-isländischen Fischerei-Krieges

Von Karl-Heinz Saxowski MdB  
Mitglied des Bundestageausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Seite 7 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neusseltes 8-10  
Postfach: 100 400  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 37 60 37 - 30  
Telefax: 37 60 46 - 40 ppbe d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 60 11

Nochmals: Aufforderung zur Kurskorrektur  
-----

Die verbalen Kraftakte der CDU/CSU-Führung  
ändern nichts an der riskanten Politik der Union

Von Wilhelm Dröcher  
Schatzmeister der SPD

"Hier und heute beginnt der Ausverkauf Deutschlands, und die FDP kann sagen, sie sei dabeigewesen" schrieb das Strauß-Organ "Bayernkurier" Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel im Oktober 1969 ins Stammbuch der sozialliberalen Koalition. Brandt werde als "Verzichtskanzler" geschichtsmäßig werden, wenn er lange genug Gelegenheit habe, sein "anti-europäisch-prosowjetisches Programm in die Tat umzusetzen." Daran und an schlimmere Unterstellungen müssen CDU und CSU sich erinnern lassen, vor allem auch Hans Katzer, der am Wochenende vor der Jungen Union in Mönchengladbach ausgegerechnet an Bundespräsident Scheel glaubte appellieren zu sollen, doch ein "klärendes Wort" zu sagen, nachdem Willy Brandt das Verhalten der Unionsparteien als ein "Sicherheitsrisiko" für unser Land bezeichnete.

Denn wie riskant, nach innen und außen, die Politik der Union geworden ist, weiß doch kaum jemand besser als der heutige Bundespräsident: Auch ihm haben führende Männer und publizistische Sprachrohre von CSU und CDU bei der Gestaltung der Entspannungspolitik der Regierung Brandt/Scheel doch immer und immer wieder Verrat an den deutschen Interessen, politische Traumtänzerie und Unterwerfung unter die Politik Moskaus vorgeworfen! Und nun verlangt Herr Katzer ausgegerechnet von Walter Scheel ein "klärendes Wort" zu einer Darstellung von Willy Brandt, die keine politische Verleumdung und kein politischer Rufmord (das hat die Union an Willy Brandt seit Jahrzehnten geübt) war, sondern eine Aufforderung zur politischen Kurskorrektur, rechtzeitig vor dem anstehenden Wahlkampf.

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl selbst hat in diesen Tagen das "erbärmliche Bild der Zerrissenheit" der Union gezeichnet, das ein anderes werden müsse. In der Tat: Das Bild der Union und seiner Führung ist erbärmlich im Hinblick auf die personelle, wenn auch vorübergehend übertünchte Zerrissenheit, es ist aber noch schlimmer, wenn man bedenkt, wie zerstritten diese Parteigruppierung in den zentralen Sachfragen der deutschen Außen- und Innenpolitik ist, und darauf war Willy Brandt in der Eröffnungs- und in der Schlußansprache von Mannheim eingegangen. Die Lage der Union ist seit der jüngsten "Einigung" zwischen Strauß und Kohl auch um keinen Deut problemfreier, sondern eher noch riskanter geworden. Ganz offensichtlich ist der "Waffenstillstand" zwischen CDU und CSU auf dem Boden Strauß'scher Vorstellungen zustande gekommen, auf dem Boden des Ungeistes also, wie er in der Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden zum Ausdruck gekommen ist.

Wer heute vom Staatsoberhaupt geklärt haben will, ob die derzeitige Unionspolitik politisch als Sicherheitsrisiko eingestuft werden könne, muß zurückgefragt werden, was er denn unternommen hat, um seine eigene Position zu den Strauß-Rezepten von Sonthofen zu klären! Und wenn vor wenigen Tagen Fraktionsvorsitzender Cerstens meinte, die kritische Warnung von Willy Brandt

sei eine "Wähler-Nötigung", dann muß er endlich preisgeben, wie von ihm Strauß qualifiziert wurde, als dieser die CDU/CSU-Abgeordneten und die unionsregierten Länder vor den Entscheidungen über die Polenverträge brieflich unter politischen Druck setzte. CDU-MdB Olaf von Wrangel meinte im "Deutschland-Union-Dienst" gar, Willy Brandt stelle durch seine Kritik den "deutschlandpolitischen Grundkonsens in Frage". Er muß sich zurückfragen lassen, was er seinerzeit Herrn Strauß entgegengehalten hat, als dieser im April 1972 bekundete, die Regierung Brandt/Scheel fühle sich offenbar bei einem "kalten Staatsstreich" ertappt. Denn nichts anderes - so Strauß - seien die Moskauer Verträge. Und wie wird es Herr Kohl mit dem "kalten Staatsstreich" halten, da er doch im "Falle eines Falles" die Verträge angeblich einhalten will?

Kanzlerkandidat Kohl versucht von der Unfähigkeit der Union, politische Alternativen aufzuzeigen, dadurch abzulenken, daß er - mit Springers "Bild" - immer wieder auf den DDR-Spion Guillaume im Kanzleramt zu sprechen kommt, um diesen Willy Brandt anzulasten. Was soll das eigentlich? Keine Partei und keine politisch-parlamentarische Institution ist sicher vor "Guillaumes", auch Kohl CDU nicht! Erst vor wenigen Tagen ist doch im Planungstab der CDU/CSU im Bundestag ein Spion entdeckt worden, der im Falle eines Bonner Regierungswechsels (samt Ehefrau und seinen weiteren "Freunden") die besten Chancen gehabt hätte, auch in ministerielle Schlüsselpositionen eingeschleust zu werden!

Für den CDU-Vorsitzenden Kohl fördert übrigens derjenige, der das politisch Riskante in der Unionspolitik beim Namen nennt, "eine Art Bürgerkriegs-Gesinnung." Hier ist zu fragen, ob Herr Kohl überhaupt noch weiß, wovon er spricht, ob er überhaupt gelesen hat, was Willy Brandt in Mannheim an seine und an der Union Adresse wirklich ausgeführt hat. Kohl kann doch nicht dementieren, daß die Unionsparteien bewußt die Angst fördern, die Unsicherheit organisieren und aus der weltweiten Krise innenpolitisches Kapital zu schlagen versuchen. Die CDU kann auch nicht bestreiten, daß in ihr zunehmend ein deutschnationaler Klüngel das Wort führt, daß Kohl in entscheidenden Fragen, wie etwa der Ausdehnung mit Polen, nicht mehr auf Richard von Weizsäcker, Gerhard Schröder oder Walther Leisler Kiep hört, sondern auf Strauß, Dregger und Marx. Das ist doch Programm! Die Union muß aber auch einräumen, daß sie sich gegen den Ungeist von Sonthofen nicht nur nicht zur Wehr gesetzt, sondern sich ihm in der praktischen Politik bereits weitgehend zueigen gemacht hat.

Deshalb ist festzuhalten: Nur eine Kurskorrektur der Union, die auch das erbarmungswürdige Bild von CSU und CDU überzeugend verändert, kann glaubhaft machen, daß die Union wieder handlungs- und damit regierungsfähig wird. Wer sich aber zum Gefangenen einer in Ost und West gefürchteten Politik und eines in Ost und West als politisch riskant eingestuftem Mannes wie Strauß macht, beläßt seine Partei in dem "erbärmlichen Zustand der Zerrissenheit", wie ihn Kohl selbst beklagt hat. Und das ist für Parteien, die regieren wollen, eine Form von Sicherheitsrisiko, ob man das nun wahrhaben will oder nicht.

(-/25.11.1975/wl/pr/ben)

+ + +

CDU-Gesundheitsexperte im Abseits  
-----

Polemischer Ausfall gegen notwendige Reform in einem lebenswichtigen Bereich

Von Friedel Läßle MdL

Mitglied des Vorstandes der SPD und Vorsitzender  
der Kommission Gesundheitspolitik

Der Vorsitzende des Bundesausschusses Gesundheitspolitik der CDU, Professor Beske, veröffentlichte im Pressedienst der CDU einen Artikel unter der Überschrift "SPD will Sozialisierung des Gesundheitswesens". Für den Professor beweist der von der SPD vorgelegte Entwurf der Gesundheitspolitischen Leitsätze, daß in der Gesundheitspolitik die Linken innerhalb der SPD sich durchgesetzt haben. Obwohl die SPD in diesem Entwurf von einer "sogenannten Selbstverwaltung" spreche, laufe diese "auf ein vergesellschaftetes, also sozialisiertes System hinaus, in dem Bundes-, Landes- und Regionalkörperschaften planen und kontrollieren, was im Gesundheitswesen zu geschehen hat."

"Sie sollen die Pläne aufstellen, nach denen sich die medizinischen Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser, technische Zentren und Gruppenpraxen) zu richten haben, sie steuern die medizinische Versorgung durch Lenkung der Investitionen auch in der kleinsten Einheit des Gesundheitswesens, wie der Praxis des Arztes." Nach Beskes abstruser Logik fällt dies alles in den großen Topf "Verstaatlichung des Gesundheitswesens". Dies ist bezeichnend und entlarvend zugleich: Die SPD strebe, so Beske, eine "Selbstverwaltung" im Gesundheitswesen an, "Selbstverwaltung" sei aber "Sozialisierung" und das sei "Verstaatlichung". Mit diesem intellektuellen Winkelzug - der im übrigen die bestehenden Selbstverwaltungsorgane und die in ihnen vertretene Arbeitnehmerschaft hemmungslos diskriminiert - versucht Beske, die verleumderische Gleichsetzung: Sozialdemokrat = Sozialist = Kommunist auf den gesundheitspolitischen Bereich anzuwenden. Selbst was das Zustandekommen der Gesundheitspolitischen Leitsätze angeht, irrt sich Herr Beske, wenn er mutmaßt, hier habe sich der linke Flügel innerhalb der SPD durchgesetzt. Tatsache ist, daß sich die Gesundheitspolitische Kommission der SPD neben acht vom Parteivorstand gewählten aus je einem von den 22 Parteibezirken entsandten Mitgliedern zusammensetzt. Dadurch ist eine breite und in jedem Sinn repräsentative Meinungsbildung gewährleistet.

Tatsache ist weiterhin, daß der Entwurf einstimmig verabschiedet wurde. Das Lügengerücht des Flügel-sieges muß darum in die Beskesche Küche zurückverwiesen werden. Beske behauptet in seinem Artikel, "daß ein bis ins letzte Dorf verplantes, zentral gesteuertes und politisiertes Gesundheitswesen beabsichtigt" sei. Richtig hingegen ist, daß wir heute ein deutliches Gefälle der ärztlichen Versorgung zwischen Stadt und Land haben. Viele ländliche Gebiete sind ärztlich derart unterversorgt, daß dies selbst von Ärzte-funktionären nicht mehr geleugnet werden kann. Im Interesse einer gleichgewichtigen und chancengleichen Gesundheitssicherung ist es daher notwendig,

die Gesundheitsversorgung regionalisiert zu planen. Zu planen aber nicht durch die Ärzte allein - die dazu nicht in der Lage sind, wie das derzeitige Versorgungsgefälle beweist - sondern auch durch die Versicherten, die ja wohl Beteiligte, wenn nicht gar Betroffene des Gesundheitswesens sind. Beskes Behauptung, daß "Bundes-, Länder- und Regionalkörperschaften planen und kontrollieren", ist eine bewußte Verdrehung sozialdemokratischer Absichten. Die entsprechenden Passagen der Gesundheitspolitischen Leitsätze, die ich dafür anführe, beweisen dies eindeutig: "Die Verantwortung für die Ordnung der medizinischen Versorgung liegt beim Staat. Jedoch sollen die Aufgaben der medizinischen Versorgung nicht von den Staatsorganen selbst, sondern, soweit wie möglich, im Wege der Selbstverwaltung und der gesellschaftlichen Mitbestimmung durch die betroffenen Gruppen wahrgenommen werden, wie dies dem Prinzip einer freiheitlich-demokratisch organisierten Gesellschaft entspricht (...) Die Planung und Überwachung des Vollzuges sollen zukünftig in der Hand der Selbstverwaltung der medizinischen Versorgung liegen".

Die Organe der Selbstverwaltung setzen sich zu je einem Drittel zusammen aus Vertretern der Versicherten, der im Gesundheitswesen Tätigen und des Regionalparlaments. Die Selbstverwaltung jeder Region stellt auf Grund einer Bedarfplanung den Regionalplan der medizinischen Versorgung auf, sorgt für die Errichtung gemeinsamer Einrichtungen, wie medizinisch-technischer Zentren, zentraler Informationssysteme, Krankenhäuser und Gruppenpraxen und steuert den Vollzug dieser Planung. Auch die Behauptung Beskes, daß von der SPD eine Investitionslücke selbst in "der Praxis des Arztes" vorgesehen sei, ist schlicht falsch. Richtig ist vielmehr, daß es auch nach diesen von Beske kritisierten Leitsätzen in der Zukunft nicht nur weiterhin ärztliche Einzelpraxen geben wird, sondern daß auch die Verantwortung für das, was in und mit dieser Einzelpraxis geschieht, ausschließlich beim betreffenden niedergelassenen Arzt liegt. Der penetrant erhobene Vorwurf, die SPD erstrebe in Wirklichkeit eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens, beweist, daß Beske entweder begriffsstutzig ist oder bewußt verleumden will. Nichts ist für eine optimale Gesundheitssicherung ungeeigneter als deren Verstaatlichung, da damit nur eine unreflektierte und damit kostensteigernde Erwartungshaltung geweckt würde. Was wir brauchen, ist das solidarische Handeln und Wollen aller am Gesundheitswesen Beteiligten. Dies kann nur in Selbstverwaltung verwirklicht werden.

Insgesamt ist Prof. Beskes Artikel ein untauglicher Versuch, gegen die notwendige Reform des Gesundheitswesens zu polemisieren. Damit setzt er sich nicht zuletzt auch in kraßen Gegensatz zu den Reformvorschlägen seines Parteifreundes Geissler. Beskes Polemik disqualifiziert ihn selber einmal mehr und beweist schlagend, wie weit er in gesundheitspolitischen Fragen, und dies selbst in den Reihen der CDU, bereits ins Abseits geraten ist.

(-/25.11.1975/Wi/br)

+ + +

## Kohl entdeckt sein Herz für die Jugend

---

### Den Kanzlerkandidaten plagt das schlechte Unions-Gewissen

So viel Unverfrorenheit hat es wohl schon lange nicht mehr gegeben: Die Unions-Parteien finden plötzlich Sympathien für die protestierende Jugend der 60er Jahre! Der Kanzlerkandidat der Union, CDU-Vorsitzender Dr. Helmut Kohl, verkündete in Mainz, daß er mit Sorge die "zunehmende resignative Grundstimmung" vieler Jugendlicher beobachte. Es kommt noch dicker: Für ihn ist es eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit, der Jugend den Glauben an einen "offenen Horizont" wiederzugeben. Welche Töne aus dem Mund eines CDU-Politikers, wenn Dr. Kohl wehmütig sinniert, daß die Proteste der Jugend in den vergangenen Jahren im Grunde gesünder gewesen seien als die derzeitige Haltung, weil sie eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaft signalisierten.

Für wie dumm hält Dr. Kohl eigentlich die Generation der 20- bis 30jährigen, die vor Jahren auf die Straße gingen, um für mehr Demokratie in Schule und Hochschule zu streiten, um als mündige Bürger ernst genommen zu werden und von denen der erste Mann der Unions-Parteien, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, sagte, sie benehmen sich wie Tiere, "auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist"? Will Kohl vergessen machen, wie er und seine Parteifreunde in den Schulen und Universitäten Gesinnungsschnüffelei betreiben, dazu beitragen, daß - wie Willy Brandt beklagt und befürchtet - Duckmäusertum wieder um sich greift und viele Jugendliche wieder Angst haben, öffentlich für ihre Meinung einzutreten? Welche Augerwischerei soll betrieben werden, wenn sich der CDU-Vorsitzende eine junge Generation wünscht, die sich kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzt? Er weiß doch ganz genau, daß es seine Parteifreunde sind, durch die - um mit den Worten von Alt-Bundespräsident Dr. Dr. Gustav W. Heinemann zu sprechen - "auch heute wieder manche Vorschläge zur Besserung unseres demokratischen Zusammenlebens in den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit gerückt werden, obwohl sie in der Verfassung gründen und mit der Absicht vorgetragen werden, die Verfassungswirklichkeit am Verfassungsgebot auszurichten".

Soll unter den Teppich gekehrt werden, daß die Union, die plötzlich ihr Herz für eine junge kritische Generation gefunden zu haben vortäuscht und nur bedauert, daß es gegenwärtig keine protestierende Jugend gibt, es gewesen war, die der Jugend der 60er Jahre die Motive gab, um auf die Straße zu gehen, und sie verteuflerte, als handle es sich um Aussätzige? Plagt Dr. Kohl das schlechte Gewissen oder vielmehr eine "zunehmende resignative Grundstimmung, wenn er daran denkt, daß seine Partei nach nie

der breiten Mehrheit der Jugendlichen eine politische Heimat bieten konnte und wollte? Sicherlich beides nicht. Hier wird vielmehr der Versuch unternommen, durch Rattenfängerei Stimmen für die Bundestagswahl 1976 zu gewinnen. Doch die Mainzer Flöte wird die Jugend nicht faszinieren. Sie weiß, daß nicht er, sondern Franz Josef Strauß das Sagen für die ganze "Union" hat. Und was Strauß von einer kritischen jungen Generation hält, hat er bereits 1970 zu Protokoll gegeben, als er bayerischen Jung-Unionisten die Leviten las: "Ich lasse mir von so charakterlosen Burschen wie ihr die Partei nicht kaputt machen! Juso-Methoden wird es bei uns nicht geben. Der erste, der damit anfängt, kriegt von mir persönlich einen Kinnhaken, daß es ihn reushaut!"

In einem Punkt hat Dr. Kohl sicherlich recht, wenn er sagt, daß heute viele Jugendliche nicht mehr an ihre berufliche Chance glauben. Er vergißt aber hinzuzufügen, daß es die Unions-Parteien sind, die Jugendlichen, die für eine, wie sie glauben, bessere Verfassungswirklichkeit demonstrieren und dabei vielleicht auch einmal über das Ziel hinauschießen, den Weg in den öffentlichen Dienst versperren. Da wird auch verschwiegen, daß es die Unions-Parteien sind, die die längst fällige Reform der beruflichen Bildung zu verhindern versuchen und somit tausenden und abertausenden Jugendlichen den Weg in eine gesicherte berufliche Zukunft verbauen. Da soll in Vergessenheit geraten, wer es ist, der das Hochschulrahmengesetz nicht passieren läßt, und wer sich dagegen ausgesprochen hat, daß Jugendvertreter wirkliche Mitspracherechte in den Betrieben bekommen. Gar nicht zu sprechen von jenen Politikern der Union, die die von der sozial-liberalen Koalition geschaffenen Leistungen für Schüler und Studenten am liebsten wieder ganz abschaffen wollen, weil dieses ja doch nur der "sozialistischen Gleichmacherei" diene.

Wenn Dr. Kohl sich wirklich Sorgen um die Jugend macht und nicht nur Dummenfängerei betreiben will, dann liegt es bei ihm, sich bei seinen Parteifreunden durchzusetzen und grünes Licht zu geben für die gesetzgeberischen Vorhaben der sozial-liberalen Koalition, die der Jugend die Zukunft sichern sollen, sei es im Bereich der beruflichen Bildung, der Schule oder der Hochschule, am Arbeitsplatz oder in der Familie. Mit verbaler Kraftmeierei jedenfalls wird Dr. Kohl für sich und seine Union keinen Jugendlichen gewinnen können. Auch hier gilt: Durch Wortgeklingel verdeckte Alternativlosigkeit ist kein Ersatz für politisches Handeln.

Gode Japs  
(-/25. 11. 1975/wi/pr/ja)

+ + +

- 7 -

Vorbildliche Lösung eines Konflikts  
-----

Zur Beilegung des deutsch-isländischen Fischereikrieges

Von Karl-Heinz Saxowski MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Während britische Fischwirtschaftsvertreter und Trawlerkapitäne die Royal Navy um Schutz bitten, können die deutschen Fischer im Nordatlantik und mit ihnen Tausende von Arbeitnehmern in der fischverarbeitenden Industrie Norddeutschlands aufatmen. Wenn das isländische Parlament, Alting, dem zwischen Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski und dem isländischen Außenminister Einar Agutsson ausgehandelten Abkommen zustimmt, wird die deutsche Fischwirtschaft auf den Einsatz von "Frostern" verzichten und auch nur noch eine begrenzte Zahl von Trawlern innerhalb der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone einsetzen.

Die vereinbarte Fangmenge von 60.000 Tonnen jährlich liegt nur um 8.000 Tonnen unter dem Fangergebnis von 1974, so daß sich für die deutsche Fischwirtschaft keine großen Einbußen ergeben werden, obwohl - das sollte auch betont werden - die ausgehandelte Fangmenge als unterere ökonomische Grenze angesehen werden muß. Die Errichtung von Fischschutzzonen sollte in der Zeit der systematischen Ausbeutung der Meere mehr als selbstverständlich sein. Wenn die deutschen Küstenländer nun ihrerseits weitere Schritte, wie etwa die Ausgleiche der Hafengebühren an die für deutsche Trawler vorgesehenen Sätze, unternehmen und auch das EG-Protokoll Nr. 6, das bisher unter anderem auch am deutschen Widerstand gescheitert ist, in Kraft treten kann, steht der Normalisierung der durch den "Kabeljau-Krieg" belasteten Beziehungen zwischen der Inselrepublik im Nordatlantik und der Bundesrepublik Deutschland nichts mehr im Wege. Die positive "Schrittmacher-Funktion" der deutschen Island-Initiative wird auch dadurch deutlich, daß nun auch andere EG-Staaten wie Belgien an einem ähnlichen Abkommen mit Island interessiert sind.

Neben der außenpolitischen Komponente dieses in Reykjavik noch zu ratifizierenden Abkommens wird sich auch im Zusammenhang mit der "Konzeption für die Fischwirtschaftspolitik der Bundesregierung", die im Juni dieses Jahres vorgelegt worden ist, eine Belebung abzeichnen. Ohne das Verdienst der Unterhändler schmälern zu wollen, muß jedoch auch darauf hingewiesen werden, daß mit Hinsicht auf die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen weitere außenpolitische und außerwirtschaftspolitische Initiativen folgen müssen, um ähnlich schwierige Situationen wie den deutsch-isländischen Konflikt zu verhindern. Wenn die Bundesregierung ähnliche Kriterien und Prinzipien wie jetzt bei den Verhandlungen mit Island zur Grundlage weiterer Abkommen macht, wird auch dort der Erfolg nicht ausbleiben.

(-/25.11.1975/w1/pr/ben)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller